

**Herrn Bundesminister Christian Schmidt
oder Vertreter im Amt
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft**

Fax: 09161876883 / 0228995293112 / 030185294262

Betrifft: Geflügelpest-Verordnung – Neuausrichtung der Politik gefordert

21.02.2015

Sehr geehrter Herr Minister Schmidt,


Stallpflicht und Zwangskeulung sind ein Damoklesschwert für gewerbliche wie private Geflügel-Freilandhaltungen. Die Stallpflicht bedeutet eine tierschutzrelevante, unzumutbare Belastung für die betroffenen Tiere. Als unbescholtener Bürger bei Bußgeldandrohung sein Geflügel einsperren zu müssen oder gar die Zwangskeulung gesunder Bestände durchzustehen, sind ein furchtbares Trauma. Es besteht ja nicht einmal die Chance, mit rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorzugehen. Die Verunsicherung durch die gegenwärtige Rechtslage ist ein wichtiger Grund, dass bereits viele Halter aufgegeben haben. So schwindet auch die Vielfalt alter Geflügelrassen dramatisch. Der Frust der Geflügelhalter sitzt tief, der Unmut ist groß. Die Menschen fühlen sich von der Politik und den Behörden im Stich gelassen. Und das bei wachsendem Verbraucherinteresse an regionalen, natürlichen Produkten!

Mit viel Monitoring-Aufwand aber ohne Ergebnis wurde bei zig-Tausenden von Wildvögeln in Europa und Sibirien nach Trägern von Geflügelpestviren gesucht. Bei logischer Betrachtung der Ergebnisse kommen Wildvögel als Überträger nicht in Frage. Mit hoch pathogenen Keimen wurden nur Tage bis Wochen nach Stall-Infektionen sehr vereinzelt Wildvögel mit entsprechenden Influenzaviren gefunden. Mit niedrig pathogenen Viren setzen sich die regelmäßig beprobten Wasservögel meist im Herbst und Winter kurzfristig auseinander, wie unsereiner mit einem Schnupfen. Nach etwa 10 bis 14 Tagen waren die Viren nicht mehr nachzuweisen. Das zeigte sich beim internationalen Bodensee-Monitoring.

Die Fakten legen einen anderen politischen Umgang mit der Geflügelpest dringend nahe, was uns zu dem beiliegenden Schreiben veranlasste. Freilandgeflügel muss von einschränkenden Maßnahmen ausgenommen werden – solange es sich um Bestände handelt, die wirklich das Freiland täglich uneingeschränkt nutzen können, wie es zum Beispiel die EU-Eiervermarktungs-Richtlinie vorsieht!

Wir bitten Sie herzlich, in Ihrem Ministerium unsere Vorschläge ernsthaft zu prüfen und unsere Forderungen umzusetzen, bzw. sich für sie einzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Sievert Lorenzen
Vorstandsvorsitzender von
PROVIEH – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung
e.V.

Eckard Wendt
Vorsitzender von
AgfaN – Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung
e.V.

Dr. Jörg Styrie
Geschäftsführer vom
Bundesverband Tierschutz e.V.

Dr. Eberhard Schneider
Vorsitzender vom
Vogelschutz-Komitee e.V.

Lovis Kauertz
Vorsitzender von
Wildtierschutz Deutschland e.V.

Werner Hupperich
Koordinator der
Gänsewacht

Elisabeth Petras
Vorsitzende von
PAKT – Politischer Arbeitskreis Tierschutz e.V.

Karin Ulich
Vorsitzende von
Tier & Mensch e.V.
Alte Landstr. 27, 88138 Sigmarszell, Tel.: 08389-577

Marie-Luise Strewé
Vorsitzende von
Menschen f. Tierrechte Baden-Württemberg e.V.

Dr. Ulrich Seidel
Vorsitzender von
AKUT e.V.

Michael Hettwer
Sprecher vom
Landesnetzwerk Niedersachsen
Bauernhöfe statt Agrarfabriken

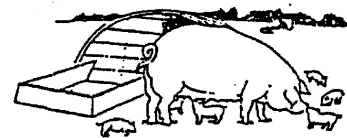
Heli Dangler
Präsident von
VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz e.V.

Manfred Knake
Koordinator von
Wattenrat Ostfriesland

Christoph Günzel
Präsident des
Bundes deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

P.S.: Dieses Schreiben ist wegen der gesellschaftlichen Brisanz ein „Offener Brief“, der auch an die Landwirtschaftsministerien der Bundesländer geht und veröffentlicht wird.



Gesellschaft zur Förderung des Vogelschutzes, Natur-, Tier- und Lebensschutzes

